

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Dargun, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Bestellungen für den nächsten Tag und die nächsten Tage sind bei den Postämtern zu machen. Die Bestellungen für den nächsten Tag sind bei den Postämtern zu machen. Die Bestellungen für den nächsten Tag sind bei den Postämtern zu machen.

Veranstaltungen Nr. 22.
Bestellungen werden bei allen Buchhändlern des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Buchhändlern, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.
Verantwortlicher Jahrgang.

Inserte, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. Sonntaglicher Inseratbeitrag 40 J.
Für Rückhaltung eingeleiteter Manuskripte ufm. keine Gewähr.

Der Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt Königreich Sachsen zu Dresden hat in Nr. 4 deren Amtsblatte für 1908 Anordnung dahin ergehen lassen, daß die in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben beschäftigten Hauskinder über 16 Jahre, wenn sie die Arbeitskraft Dritter im öffentlichen Bereiche ersetzen und dafür neben dem freien Unterhalte bare Bezüge von selbständiger Bedeutung — Lohn, Gehalt, Taschengeld, Gewährung von Kleidung usw. erhalten, in der Regel der Versicherungspflicht nach dem Invalidenversicherungsgesetze unterliegen.
Um die erforderlichen Erklärungen rasch zum Abschluß zu bringen, sind die beteiligten Ortsbehörden aufgefordert worden, die Namen der Hauskinder, die zur Versicherung noch heranzuziehen sind, festzustellen und anzuzeigen.
Da im Bezirk noch vielfach die richtige Aufsicht vermisst ist, derartige Hauskinder seien überhaupt nicht versicherungspflichtig, wird Vorstehendes hiermit bekannt gegeben.
D a r g u n , den 12. Juli 1909.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Steuern.

Wenn alle Befürchtungen eintreffen, die in Bezug auf die Wirkungen der neuen Steuern für das wirtschaftliche Leben ausgesprochen worden sind, so wäre es um das selbe sehr traurig bestellt. Bestritten werden darf ja nicht, daß die neuen Steuern meistens eine Vertteuerung der betreffenden Waren herbeiführen werden. Es dürfte dies zumal vom Bier, Zucker und Tee und wohl auch von Branntwein und Zigaretten der Fall sein, wenn nicht auch der Branntwein eine wesentliche Vertteuerung erfahren. Bei dem Massenverbrauch des Alkohols und der Zigaretten und Zigaretten kann man aber doch auch vielfach von einem Luxusverbrauch sprechen, der in dem Maße, wie er oft geübt wird, nicht notwendig ist, deshalb möchten wir von der höheren Besteuerung der alkoholischen Getränke und der Zigaretten und der Zigaretten nicht ohne weiteres auf große wirtschaftliche Nachteile schließen, denn es kann als kein nationales Unglück angesehen werden, wenn etwas weniger getrunken und geraucht wird. Bedenklicher für unser Wirtschaftsleben wäre es aber, wenn die neuen Steuern vielfach dazu führen sollten, mittlere und kleinere Geschäftsbetriebe in den betreffenden Erwerbszweigen in ihrer Existenz zu gefährden. Die Vertreter der Tabakindustrie behaupten dies zumal für die mittleren und kleineren Tabak- und Zigarettenfabrikan. Wir halten es aber dafür, daß solche Voraussetzungen nicht unbedingt eintreten brauchen, und daß viele mittlere und kleinere Unternehmer vielleicht doch noch die Fähigkeit und Geschicklichkeit besitzen, der erhöhten Steuer auf den Tabak entsprechend ihre Betriebe den Umständen anzupassen. Dann muß man sich auch hüten, schon jetzt die wirtschaftlichen Ausichten wegen der neuen Steuern zu schwarz zu malen, da man erst nach Jahr und Tag übersehen kann, wie die neuen Steuern in Wirklichkeit auf das wirtschaftliche Leben wirken werden. Die Tatsache, daß England, Frankreich und Nordamerika aus den alkoholischen Getränken und auch aus dem Tabak viel mehr Steuern herausziehen, als es in Deutschland auch mit dem neuen Gesetz der Fall sein wird, läßt hoffen, daß die wirtschaftlichen Nachteile der neuen Steuern noch zu ertragen sein werden. Ein Vorbehalt der neuen Steuern in Bezug auf unser wirtschaftliches Leben kann natürlich nicht angestimmt werden, denn es bleibt die schwerwiegende Tatsache bestehen, daß das deutsche Volk infolge der neuen Steuererträge künftig 500 Millionen Mark neue Steuern jährlich mehr als bisher aufbringen muß. Aber einige wertvolle, günstige Einwirkungen der neuen Steuern auf unser wirtschaftliches Leben im allgemeinen müssen doch eintreten werden, und diese günstigen Wirkungen werden darin bestehen, daß die neuen Steuern

das finanzielle Glend im Deutschen Reich beseitigen und das Ansehen der deutschen Staatspapiere und den Kredit des deutschen Kaufmanns im Ausland heben werden. Es kann jetzt nicht mehr heißen, daß Deutschland jedes Jahr neue Schulden machen muß, sondern es muß jetzt gesagt werden, daß Deutschland in der Lage ist, seine riesigen Ausgaben auch durch entsprechende Einnahmen zu decken. Deutschlands Handel und Industrie wissen jetzt auch endlich, woran sie mit den neuen Steuern sind, und es kann jetzt mit der Fabrikation und dem Handel entsprechend disponiert werden. Trotz der großen neuen Steuern darf daher auf eine Hebung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland wohl im Herbst dieses Jahres gehofft werden.

Deutsches Reich.

Das vertrauliche persönliche Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bülow hat auch durch den Rücktritt des letzteren von seinen Ämtern keinerlei Aenderung erfahren. So hatten sich der Kaiser und die Kaiserin zu Donnerstagabend zum Diner beim Fürsten und der Fürstin Bülow angefaßt. An dem Diner nahmen ferner noch teil der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, die Minister v. Rheinbaben und v. Kolke, die Staatssekretäre v. Schoen und Delbrück, der Gesandte v. Bülow, der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts v. Valentini, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. Loebell, Generaldirektor Balkin und Hauptmann v. Schwarzkoppen. — Der Kaiser reiste am Freitagabend nach Kiel behufs Antritts seiner Nordlandreise zurück, Fürst und Fürstin Bülow begaben sich heute Sonnabend zu einem mehrwöchigen Aufenthalt nach Nordsee.

Zu den stattgefundenen Veränderungen in den Reichskabinetern und preussischen Ministerposten liegen noch immer allerhand Mitteilungen vor. So wird die allgemein überraschende Ernennung des bisherigen Handelsministers Delbrück zum Staatssekretär des Reichsamts des Innern jetzt dahin erklärt, daß Herr Delbrück zum Nachfolger Holles im Kultusministerium ausersuchen gewesen sei, daß aber dann durch die Ernennung v. Bethmann-Hollwegs zum Reichskanzler das Staatssekretariat des Innern frei und nun mit Delbrück wieder besetzt worden sei, während an die Spitze des Kultusministeriums Oberpräsident v. Trost zu Solz gekommen sei, der schon lange als Kandidat für einen vakant werdenden Ministerposten gegolten habe. — In den Münchener Regierungskreisen hat die Ernennung v. Bethmann-Hollwegs zum Reichskanzler große Befriedigung hervorgerufen. Wie bestimmt verlautet, gedenkt Ministerpräsident v. Rohdewitz beim Wiederauftreten des bayerischen Landtags Ende September den Kanzlerwechsel in einer Rede zu besprechen.

Prinz-Regent Luitpold von Bayern richtete an den Fürsten Bülow ein Hand Schreiben, in

welchem der greise Regent sein lebhaftes Bedauern über den Rücktritt des Fürsten ausdrückt. Auch der Vorstand des Bundes vaterländischer Arbeitervereine beklagt in einem längeren Schreiben an den bisherigen Reichskanzler dessen Scheiden aus seinen Ämtern und bietet ihm die Ehrenmitgliedschaft des genannten Bundes an. Fürst Bülow hat dieselbe angenommen, ebenso die ihm gleichfalls angebotene Ehrenmitgliedschaft des Gesamtvorstandes evangelischer Arbeitervereine. In einem Telegramm an den Fürsten Bülow befandet der General-Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Ballin, die Absicht, zu veranlassen, daß der nächste neue größere Dampfer dieser Gesellschaft den Namen „Fürst Bülow“ erhalte. Auch letzterem Vorschlag stimmte der Fürst zu.

Am Donnerstag, also nur wenige Tage nach dem Schluß der Reichstagsession, ist in Frankfurt a. D. der konservative Reichstagsabgeordnete Böning im 70. Lebensjahre gestorben. Böning vertrat seit 1903 den Wahlkreis Landsberg-Soldin im Reichstag, bis dahin war das Mandat für Landsberg-Soldin von 1890 ab im Besitz der freisinnigen Volkspartei gewesen. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 war Böning mit 13828 gegen 12653 Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten gewählt worden.

Der konservative Reichstagsabgeordnete Freiherr von Malgahn veröffentlicht in den „Meckl. Nachr.“ einen beachtenswerten Artikel über die innerpolitische Krisis, in dem er am Schluß sagt: „Welches werden die Folgen im Innern sein, wird Zentrum wieder Trumpf? Das ist die hange Frage vieler Patrioten. Sie muß dahin beantwortet werden: Beharrt der Liberalismus, insonderheit seine nationalliberalen Elemente, in der jetzt von ihm eingenommenen verärgerten Stellung, Gesetzentwürfe, denen er selber früher zugestimmt, aus Populärarückichten abzulehnen, stets neue Ausgaben zu fordern, ohne für deren Deckung zu sorgen, rückt der Liberalismus mithin in eine reine Oppositionsstellung ein, so wird er die Regierung von sich abdrängen und dem Zentrum zur Machtstellung auf lange Zeit verhelfen. Gewinnt aber in liberalen Kreisen die ruhige Besinnung wieder die Oberhand, so wird der Block, der in einer wirtschaftlichen Frage versagte, in nationalen Dingen sich wieder zusammenfinden und die jetzt geschlagenen Wunden werden langsam vernarben.“

In Koburg fand am Donnerstag die Trauung des Prinzen Alfonso von Spanien mit der Prinzessin Beatrix von Sachsen-Koburg-Gotha statt. Die Trauung fand zuerst in der katholischen Kirche St. Augustin nach katholischem Ritus und dann in der Kapelle des Palais Edinburgh nach evangelischem Ritus statt. Auf Schloß Rosenau war die standesamtliche Vermählung des hohen Brautpaares vorangegangen, die vom Staatsminister v. Richter vollzogen wurde.